

Ein Geldautomat in Hastedt ist vorletzte Nacht Opfer eines Sprengstoffanschlags geworden. Der Kassenvorraum wurde durch die Detonation verwüstet, Deckenteile lagen auf dem Boden. Der Täter ist flüchtig, die Höhe der Beute noch unbekannt. Explosiv auch: Schwere Gewitter und 20 bis 25 Grad

WELTSCHMERZ AUF DER HÜHNERLEITER



# Zeltsaison vor dem Ende

**UNTERBRINGUNG** Bremen baut schrittweise Notquartiere in Zelten für Flüchtlinge ab und plant stattdessen mehr als 1.000 neue Dauerwohnungen zu schaffen

VON EVA PRZYBYLA

Ab 1. August soll es in Bremen keine Zelte mehr geben: Die Stadt löst schrittweise ihre Notunterkünfte für Geflüchtete auf. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion zur Lage der Flüchtlingsunterbringung hervor.

Grund für den Kurswechsel sind die rückläufigen Zahlen: Der Senat rechnet mit 6.000 Neuankünften. Das wären 6.600 weniger als im vergangenen Jahr. 2015 nahm Bremen insgesamt 10.000 erwachsene Asylsuchende und 2.600 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auf.

Die Bremer Prognose leitet sich laut Sozialressortsprecher Bernd Schneider von der des Bundes ab. Diese sieht in diesem Jahr die Ankunft von 800.000 Geflüchteten in Deutschland vor. „Das ist keine verlässliche Zahl“, sagt Schneider. Die tatsächliche Zahl hänge von politischen Entscheidungen wie dem Flüchtlings-Abkommen mit der Türkei ab.

Bis jetzt scheinen die Prognosen jedoch nicht unrealistisch zu sein. Nach Bremen seien im vergangenen Halbjahr 2.500 erwachsene Flüchtlinge gekommen, sagt Schneider. Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sei so klein, dass sie statistisch nicht relevant ist.

Auch bundesweit zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Neuankünfte von Flüchtlingen: 222.264 Zugänge von Asylsuchenden registrierte das Bundesinnenministerium im selben Zeitraum. Dass das so bleibt, bezweifelt Schneider: „In der zweiten Jahreshälfte fliehen mehr Menschen über das Mittelmeer, weil sich die See beruhigt“. Im vergangenen Herbst seien die Zahlen der Neuankünfte deshalb stark angestiegen. Allerdings haben 2016 bereits 110.000 Menschen den See weg nach Europa gewählt, so wie nie. Entsprechend erwart



Auch die Zelte in der Überseestadt sollen bald abgebaut werden Foto: Ingo Wagner/ dpa

et Migrationsforscher Hannes Schammann nicht, dass sich der saisonale Anstieg im gleichen Maße wiederholt: „Im letzten Jahr hatten wir eine Sonder-situation. Die Balkanroute war offen.“

Der Fluchtdruck im Nahen Osten bleibe zwar der gleiche, aber wie viele Flüchtlinge tatsächlich in Deutschland ankommen, hänge von den möglichen Fluchtrouten ab. „Durch die aktuelle Abschottungspolitik werden die Routen für viele Flüchtlinge zu gefährlich, um sich auf den Weg zu machen“, sagt Schammann.

Derzeit sind laut Senat alle 2.710 Plätze für Geflüchtete in den Bremer Übergangwohnheimen ausgelastet. Die knapp 3.000 Plätze in den Notunterkünften waren Ende Mai dagegen gerade mal zu knapp 60 Prozent besetzt. Notunterkünfte werden nun abgebaut oder in Übergangwohnheime umgewandelt. „Länder und Kommunen stehen unter dem Druck der Rechnungshöfe“, erklärt Schammann. Dazu müssten die Turnhallen wieder frei gemacht werden. Wie die taz Anfang Juli berichtete, wurden bereits 20 von

22 Turnhallen in Bremen wieder freigegeben.

Die Linksfraktion begrüßt diese Entwicklung: „Die Notunterkünfte sind das Ende der Fahnenstange“, sagt Fraktions-Sprecherin Doris Achelwilm. Die Qualität der Unterbringung müsse verbessert werden, und dafür eigneten sich die Übergangwohnheime besser, sagt Achelwilm. Diese verfügen über eigene Kochmöglichkeiten.

## „Die Notunterkünfte sind das Ende der Fahnenstange“

DORIS ACHELWILM, DIE LINKE

In diesem Jahr werden in Bremen insgesamt 1.500 neue Plätze in Übergangwohnheimen fertiggestellt. Ein Teil der Plätze wird in einer Container-siedlung in Osterholz sein, die vergangene Woche eröffnet wurde. Die übrigen verteilen sich auf die alte Vulkan-Werft und ein Bürogebäude am Wall. Weitere 3.299 Plätze sind für die nächsten Jahre geplant.

Der einfache Rückbau oder das „Horten“ von Unterkünften für Geflüchtete sind jedoch Schammann zufolge nicht erstrebenswert: „Es gilt jetzt, Schwankungen mitzudenken“, sagt der Migrationsforscher. Dafür bräuchten Länder und Kommunen flexible Konzepte für die Unterkünfte.

Als Beispiel nennt er mehr sozialen Wohnungsbau, der mit Flüchtlingsunterkünften verknüpft wird. Außerdem könnte eine Stadt günstige Verträge zur Zwischennutzung von leeren Flüchtlingsunterkünften anbieten. „Allgemein müssen Städte mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen“, sagt Schammann.

Das hat Bremen zumindest vor: Freie Übergangswohnungen kommen in Zukunft auf den normalen Wohnungsmarkt. Dass dieser Wohnraum günstig sein wird, bezweifelt Achelwilm jedoch: Schon jetzt verberge der Senat viele Aufträge an private Wohnungs-Unternehmen. Die Quote für den Anteil der bezahlbaren Wohnungen sei außerdem befristet. „Das bedeutet keine wirkliche Entspannung in der Mietpreisentwicklung“, sagt Achelwilm.

HEUTE IN BREMEN

## „Es geht nur besetzt“

**SUBKULTUR** Nutzer des „Alten Sportamts“ planen trotz Räumungsandrohung Programm für August

**taz:** Nancy, Sie planen für das „Alte Sportamt“ tatsächlich ein Programm für den August?

**Nancy:** Wir machen weiter wie bisher: Es wird zwei große Partys geben, das Salsa-Tanzen, das Mitmach-Café und das zur Psychiatrie-Kritik, vielleicht anarchistische Kinoabende und ein Puppentheater aus den USA. August ist der beste Monat für Veranstaltungen im Freien.

**Dabei wurden Sie von der Finanzsenatorin aufgefordert, das Haus am Weserdeich bis zum 31. Juli zu verlassen...**

Wir werden nicht gehen. Das nächste Konzert ist für den 1. August geplant.

**Wie schnell erwarten Sie die Polizei?**

Wir rechnen damit, dass die Stadt den offiziellen Weg geht und Räumungsklage einreicht – anders als etwa in Berlin, wo die Rigaer Straße durch die Polizei vornehmlich geräumt wurde. Welche Eskalation ist von Ihnen zu erwarten?

Wir haben kein Interesse an einer Eskalation. Auf die Polizei können wir verzichten. Auf das, was außerhalb des Geländes passiert, wenn hunderte Polizisten vor der Tür stehen, haben wir keinen Einfluss. Als Verein sind wir bisher immer gut damit gefahren, nüchtern und sachlich zu bleiben.

**Gespräche laufen nicht mehr. Was ist Ihre Strategie?**

Rechtlich haben wir wohl wenig Chancen, aber politisch können wir noch gewinnen. Wir hoffen auf eine große Öffentlichkeit, die sich hinter uns stellt und haben eine Unterschriften-Aktion gestartet.

**Warum meinen Sie, sich nicht an Gesetze halten zu müssen?** Die Zwischennutzung im „Alten Sportamt“ lief über fünf Jahre

offiziell. In der Zeit haben wir immer versucht, eine langfristige Perspektive zu erreichen. Dann wollte die Stadt uns letztes Jahr rausschmeißen, die Verhandlungen sind gescheitert. Und uns wurde klar: Es geht nur besetzt – und das seit nunmehr einem Jahr. Bis heute sind wir ein offener Kulturraum für alle. Dass wir uns an Gesetze, die das unmöglich machen, nicht halten, finden wir gerechtfertigt. Das Gebiet des Sportamts ist im Überschwemmungsgebiet der Weser. Ist Ihnen das egal?

Es gibt eine akute Hochwassergefahr im Winter. Aber nebenan finden im Weser-Stadion ganzjährig Fußballspiele mit 40.000 Zuschauern statt. Wir haben selbst kein Interesse, Veranstaltungen zu machen, wenn das Wasser kurz vor dem Deich steht. Bremen ist im Winter total kalt. Während der Zeit der offiziellen Zwischennutzung durften wir nur im Sommer Veranstaltungen machen, was überhaupt kein Problem war. Nur, dass uns die Nutzungs-erlaubnis jedes Jahr aufs Neue nur kurzfristig erteilt wurde, war totaler Mist.

INTERVIEW:JPB

■ Heute: Plenum nur für NutzerInnen. 31.7., 16 Uhr: Café und Konzert mit Betty Beats. 1.8., 20 Uhr: Konzert mit „Dividing Lines“ und „Gothic Pogo“. Mehr Infos und die Solidaritäts-Erklärung: <https://www.altes-sportamt.de/>

**Nancy**

■ Anfang 30, heißt eigentlich anders und ist seit Beginn des Projektes 2011 im „Alten Sportamt“ aktiv.



# Zu laut zum Wohnen

**BAUVORHABEN** Das geplante Appartementhaus auf dem Gelände des alten Concordia-Theaters wird viel zu hoher Lärmbelastigung ausgeliefert sein, kritisiert die „Bahnlärm-Initiative Bremen“

Die „Bahnlärm-Initiative“ schaut mit Sorge auf die Neubaupläne für das Grundstück des alten Concordia-Theaters. Durch die unmittelbare Nähe zum Bahndamm sei mit gesundheitgefährdenden Immissionen durch Lärm und Erschütterungen zu rechnen, so Ini-Sprecher Walter Ruffler.

Geplant ist der Neubau eines Wohnhauses mit rund 60 Studierenden-Appartements, dessen Abstand zum Bahndamm laut Ruffler nur 7,5 Meter betragen wird – mit einer Lärmbelastigung, die den nächtlichen Grenzwert von 49 Dezibel (dB(A)) überschreite. Das führt Ruffler auf Messungen aus dem Jahr 2002 zurück. Damals wurde ein Schallgutachten für die angrenzende Roonstraße erstellt und die Ergebnisse lagen bei 80 dB(A) – also fast doppelt so hoch wie der Grenzwert.

Die Appartements lägen deutlich näher an dem Bahndamm als die Messpunkte der

„Gesundheitspolitisch ist es Irrsinn“

WALTER RUFFLER, BAHNLÄRM-INITIATIVE BREMEN

Roonstraße: „Schallschutzfens-ter reichen hier nicht“, so Ruffler. Denn nicht nur der Lärm sei von Bedeutung, sondern ebenso die Erschütterung der

Züge. „Dieser sekundäre Luftschall wird als Dröhnen erlebt – da hilft kein Lärmschutzfenster, da der Lärm im Raum selbst entsteht.“ Dies sei besonders bei Güterzügen der Fall.

Das Problem bestehe nicht nur auf dem Grundstück des ehemaligen Concordia-Theaters, sondern entlang der gesamten Strecke, sagt Ruffler: „Aber gesundheitspolitisch ist es Irrsinn, hier auch noch einen Neubau hinzusetzen!“

Er hat dem grünen Umwelt-senator Joachim Lohse einen Brief geschrieben: „Bitte überprüfen Sie unter Hinzuziehung des Gesundheitsamts, ob bei Neubau-projekten in der Nähe von Bahnl-inien nicht ein Mindestabstand

obligatorisch sein sollte“, heißt es da unter anderem.

In einem Antwortschreiben sichert Lohse zu, dass im Zuge des Genehmigungsverfahrens geprüft werden soll, ob „gesunde Wohnverhältnisse“ vorherrschen. Das beinhaltet auch ein Lärmschutzgutachten.

Die Anregung, auch ein Erschütterungsgutachten erstellen zu lassen, schreibt Lohse weiter, werde er „an die Planer des Vorhabens weiterleiten.“ Sämtliche dieser Vorhaben, sagt Lohses Sprecher Jens Tittmann gegenüber der taz, könnten aber erst getan werden, wenn ein konkreter Bauantrag vorliege. „Und das ist momentan noch nicht der Fall.“

PIA SIBER